

INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,
Fernsehen



Gewerkschaft
der Polizei

<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp-online.de

Bundesvorstand

1. und 2. Juni 2005

Arbeitsschutz-Symposium der Gewerkschaft der Polizei in Potsdam:

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Arbeitsschutz steckt bei der Polizei noch in den Kinderschuhen!“

BERLIN/POTSDAM. Einen besonderen Nachholbedarf sieht die Gewerkschaft der Polizei in Arbeitsschutzmaßnahmen für den Polizeiberuf. „Bei Gefahren im Polizeiberuf denken selbst Kolleginnen und Kollegen zunächst daran, von einem Straftäter angeschossen oder getötet zu werden. Dabei lauern die Möglichkeiten, Gesundheit oder Leben zu verlieren, an jeder Ecke“, warnt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, auf einem Arbeitsschutzsymposium seiner Organisation am 1. und 2. Juni 2005 in Potsdam. In insgesamt dreizehn Fachforen diskutieren 150 Personalräte der GdP aus ganz Deutschland über Erkennung und Bekämpfung berufsbedingter Krankheiten und Unfälle im Polizeiberuf.

Konrad Freiberg: „Die 166jährige Erfolgsgeschichte des Arbeitsschutzes in Deutschland steht an einem Wendepunkt. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder von Karrierechancen haben die Zahl der Krankmeldungen in den Betrieben und Verwaltungen drastisch gesenkt, die Ansprüche der Beschäftigten auf einen unfallfreien und krankheitsverhütenden Arbeitsplatz gedämpft. Wer darüber jetzt jubelt, kann nicht rechnen. Das gilt auch für den Arbeitgeber öffentlicher Dienst. Weniger Investitionen in den Arbeitsschutz gehen nicht nur auf die Knochen unserer Kolleginnen und Kollegen, sondern belasten auf Dauer die Produktivität, die Personaletats und die Gesundheits- und Alterssicherungssysteme.“

Im öffentlichen Dienst insgesamt, besonders aber bei der Polizei, so der GdP-Vorsitzende stecke der Arbeitsschutz ohnehin noch in den Kinderschuhen. Was zunächst nur für Industriebetriebe galt, gibt es für andere Beschäftigungsverhältnisse erst seit 1989 mit dem Erlass der europäischen Arbeitsschutz-Rahmenrichtlinie. Freiberg: Selbst unser Dienstherr scheint immer noch zu glauben: „Was für den Bauarbeiter der Helm, ist für den Polizisten die schutzsichere Weste und das Pistolenholster, das einen fremden Zugriff verhindert.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599
E-Mail: Ruediger.Holecek@gdp-online.de

Schwer kalkulierbare Bedrohungssituationen

Frank Richter, Mitglied im geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand und zuständig für den polizeilichen Arbeitsschutz: „Nahezu alle Berufsgruppen kennen Belastungen oder Gefahren die aus ihren speziellen Aufgabenbereich erwachsen und die sonst nirgendwo vorkommen, so zum Beispiel Beschäftigte, die ihr Geld auf Höhenarbeitsplätzen verdienen oder unter Wasser, oder beim Entschärfen von Kampfmittelresten aus den beiden Weltkriegen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte werden aber in vielen Fällen mit Bedrohungssituationen konfrontiert, die nicht oder nur sehr schwer kalkulierbar sind. Bei ihren Einsätzen müssen sie oft aber gerade dorthin, wo Schutzmaßnahmen bereits versagt haben wie etwa bei Verkehrsunfällen mit unerwarteter Freisetzung giftiger oder radioaktiv strahlender Transportgüter, Brandstellen oder in die Nähe explosiver Stoffe.“

Hinzu käme, so Richter, dass diese Gefahren rund um die Uhr auftreten könnten, auch dann wenn der natürliche Rhythmus des Körpers eigentlich überhaupt keine "Topleistungen" mehr zulasse.

Polizeiberuf unterscheidet sich von allen anderen

GdP-Chef Konrad Freiberg: „Natürlich kann man jetzt sagen, wer unseren Beruf ergreift, weiß das alles vorher. Tatsächlich sind in der Regel mehrere Jahre bis Jahrzehnte erforderlich, bevor gesagt werden kann, dass die Lagen, die in einem bestimmten Dienstzweig eintreten können, bekannt sind.“

Die Polizeiliche Ausbildung habe, so Freiberg, in den zurückliegenden Jahren auch im Hinblick auf die Vorbereitung unterschiedlichster Gefahrensituationen erheblich an Qualität zugenommen. Allerdings ließen sich nicht alle denkbaren Gefährdungslagen in der Ausbildung einplanen - geschweige denn einüben.

GdP-Vorsitzender Freiberg: „Das unterscheidet den Polizeiberuf von allen anderen Berufen. Nicht umsonst verlangt der Gesetzgeber von uns, auf das Recht auf völlige Freiheit von jedweder konkreten Gefährdung, zu verzichten, wie es jedem anderen Beschäftigten zusteht. Das kann aber nicht bedeuten, dass ein Polizist in solchen Lagen recht- und schutzlos seinen Dienst verrichten muss.“

Rechtssetzung in Bundesländern erreichen

Wie aber im Falle der Polizei "die Ziele des Arbeitsschutzes auf andere Weise zu gewährleisten" seien, wie es das Gesetz vorschreibe, lasse der Gesetzgeber selbst aber im Dunklen.

Bislang sei es nur in ganz wenigen Bereichen, nämlich für die Bundespolizeibeamten, für die Beamtinnen und Beamten des Landes Brandenburg sowie für die Soldaten in der Bundeswehr geschehen.

Die GdP hat für die Polizei daran mitgewirkt. Freiberg: „Wir müssen jetzt erreichen, dass auch in den anderen Bundesländern eine entsprechende Rechtssetzung erfolgt.“

Gefahren durch Reformen

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon: (0211) 7104(0)-101/-103 - Telefax: (0211) 7104-138

Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

I:\G01\G01AP\PRM-MELD\Waschzettel KF Endfassung.doc

Eine Gefahr für den Ausbau des polizeilichen Arbeitsschutzes sieht die GdP in den Plänen zur Zusammenlegung von Aufgaben der staatlichen Gewerbeaufsicht und den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherungen (Unfallkassen und Berufsgenossenschaften), ausschließlich bei den Unfallversicherungs-Trägern.

Frank Richter: „Das würde bedeuten, dass das Arbeitsschutzgesetz im Polizeibereich komplett leer liefe. Bekanntlich gibt es für die Polizei keine Unfallversicherungsträger. Die einzige Organisation, die das Arbeitsschutzgesetz im Bereich der Polizei vollzieht, ist die staatliche Gewerbeaufsicht.“

Arbeitsschutz auch am Schreibtisch

Aber selbst ohne einen Fuß vor die Tür zu setzen sehen sich die Beschäftigten der Polizei einer Vielfalt von gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Ein Hauptaugenmerk legt das GdP-Symposium auf die bisher wenig beachteten Gefahrenquellen im so genannten Indoor-Bereich.

Frank Richter: „Es geht um arbeitsschutzrelevante Sachverhalte, die zwar nicht ausschließlich, aber doch mehrheitlich im Innern von Gebäuden stattfinden, und zu gesundheitlichen Problemen führen können, so zum Beispiel die Gefahrstoffproblematik in der Kriminaltechnik, die Gefährdungen durch Tonerstäube und Elektromog bedürfen einer dezidierten Gefährdungsbeurteilung“.

Informationsangebote für Personalräte

Zur Unterstützung ihrer Personalräte bietet die Gewerkschaft der Polizei auf ihrem Arbeitsschutzsymposium ein breit gefächertes Informationsangebot auf.

Zahlreiche Aussteller stellen Arbeitsschutztechnik und –methodik vor, so zum Beispiel Modelle der Gefährdungsbeurteilung von Arbeitsplätzen, Feststellung und Vermeidung von Elektromog und Konzepte zur Sicherheitsbetreuung.

Fachforen beschäftigen sich unter anderem mit Gefahrstoffen und Biostoffen im Polizeidienst, Einsatzerfahrungen mit Gebläse-Atemschutz bei der Brandermittlung, gesundheitliche Risiken durch Faktoren in der Innenraumluft und dem Einsatz automatischer externer Defibrillatoren.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Vermeidung von Muskel-Skelett-Erkrankungen durch geeignete Sitzmöbel, eine der häufigsten Erkrankungen, die die Kassen belasten.

Gesundheit steht im Mittelpunkt

Frank Richter, für den Arbeitsschutz zuständiges GdP-Vorstandsmitglied: „Für die Gewerkschaft der Polizei steht in ihrem Kampf um einen verbesserten Arbeitsschutz vor allem die Gesundheit unserer Kolleginnen und der Kollegen im Mittelpunkt. Das Attraktive am Arbeitsschutz ist, dass er den Interessen von Beschäftigten und Arbeitgebern gleichermaßen entgegenkommt.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon: (0211) 7104(0)-101/-103 - Telefax: (0211) 7104-138

Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

I:\G01\G01AP\PRM-MELD\Waschzettel KF Endfassung.doc